

Familienpolitik vor Nagelprobe

Mehr Kinder braucht das Land, darüber sind sich Politiker über alle Parteigrenzen hinweg einig. Daran, wie das zu erreichen ist, scheiden sich aber die Geister.

Von Shusha Maier

Familienpolitik wird eines der ganz grossen Themen des September-Landtags sein. Familienministerin Rita Kieber-Beck stellte gestern in Vaduz anlässlich einer Medieninformation die Beantwortung eines von der FBP bereits vor mehr als einem Jahr eingereichten Postulats vor.

Nicht, dass der FBP die Familienpolitik schon damals eine Herzensangelegenheit gewesen wäre; das Postulat – ein Aufruf an die Regierung, verschiedene Fragestellungen zur Familienpolitik genauer zu untersuchen – darf wohl als Antwort auf die Forderung der Freien Liste (FL) nach einem Jahr bezahltem Elternurlaub gesehen werden. Zwar war keine der beiden Grossparteien für diesen Vorschlag der FL zu gewinnen; allerdings zeigte die VU-Fraktion zumindest Diskussionsbereitschaft, was die Einführung und auch die Ausgestaltung eines Elternurlaubs angeht. Die Diskussion erübrigte sich aber, da die FBP-Fraktion mit ihrem Postulat dem Familienministerium die Möglichkeit gab, zu sensiblen familienpolitischen Themen – vor allem solche, die die Wirtschaft tangieren – nicht sofort Stellung nehmen zu müssen.

Wertschätzung zeigen

In der kommenden Landtagssession soll das nun aber nachgeholt werden und welch grosses Anliegen der FBP nun Familienförderung zu sein scheint, ist daran zu sehen, dass Regierungschef Otmar Hasler das Jahr 2007 zum Jahr der Familie erklärte. Und auch Rita Kieber-Beck plädierte



Mit Freuden Eltern sein: Familien sollen künftig durch gezielte Massnahmen entlastet werden.

Bild Wodicka

an der Medieninformation dafür, dass alle aufgerufen sind, der «Solidargemeinschaft Familie», dieser wichtigsten gesellschaftlichen Instanz, jenen hohen Stellenwert einzuräumen, der ihr gebührt.

Eigenständig bleiben

Erstes Ziel bei der Beantwortung des Postulats sei ein Gesamtüberblick und eine Analyse der Situation von liechtensteinischen Familien gewesen, erklärte Rita Kieber-Beck die Vorgehensweise der zuständigen Stellen. Dabei sei man vor allem darauf bedacht gewesen, einen interdisziplinären Ansatz zu verfolgen, um der speziellen Situation in Liechtenstein ge-

recht zu werden. Das Land soll eine eigenständige Familienpolitik erhalten, die geeignet ist, die Entscheidung junger Paare für Kinder zu fördern und damit der aktuellen demographischen Entwicklung – einer wachsenden Überalterung der Gesellschaft – entgegenzuwirken.

Wie das erreicht werden soll? Mit Sofortmassnahmen wie dem Familiengeld, das pauschal und ohne jede Einschränkung für jedes Kind unter drei Jahren gezahlt werden soll – vollumfänglich aus der Haushaltskasse des Staats. Mit Massnahmen, die mittelfristig durchgesetzt werden sollen; dazu zählen ein früherer Eintritt in Kindergarten und Schule, die Bereit-

stellung von geeigneten Tagesstrukturen und flexiblere Öffnungszeiten von begleitenden Einrichtungen wie Tagesstätten und Horten. Und schliesslich mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung von berufstätigen Müttern und erziehenden Vätern – mit einem Umdenken in der Gesellschaft also, das allerdings wohl nur langfristig zu erreichen sein wird.

Familienministerin Rita Kieber-Beck findet mit dem geplanten Bündel an Massnahmen das Postulat umfassend beantwortet und gab an, sich auf dessen Diskussion im Landtag zu freuen, zumal «sich ja nun alle drei Parteien die Familienpolitik auf ihre Fahnen geschrieben haben.»